

**Annoucen**  
**Annahme-Bureau:**  
 In Posen außer in der  
 Expedition dieser Zeitung  
 (Waldenstr. 10.)  
 bei E. G. Meier & Co.  
 Weidenstr. 14.  
 In Gnesen bei H. Spindler,  
 in Grätz bei K. Streßand,  
 in Breslau bei Emil Faball.

# Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

**Annoucen**  
**Annahme-Bureau:**  
 In Berlin, Breslau,  
 Dresden, Frankfurt a. M.,  
 Hamburg, Leipzig, München,  
 Stettin, Stuttgart, Wien  
 bei E. G. Meier & Co. —  
 Gaalenstr. & Vogler, —  
 Rudolph Mosse.  
 In Berlin, Dresden, Göttingen  
 beim „Juwelendbank.“

N. 716

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal  
 erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
 Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
 schen Reiches an.

Mittwoch, 13. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
 Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die  
 Expedition zu senden und werden, wenn am folgenden  
 Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
 nachmittags angenommen.

1875.

## Amtliches.

**Berlin, 12. Oktober.** Der König hat dem Rechtsanwalt und  
 Notar, Justizrath Seemann zu Münster, und dem Rektor und Gym-  
 nasial-Oberlehrer A. D. Zimmermann zu Clausthal im Kreise Beller-  
 feld den R. A. D. 4. K., dem Haupt-Bollamts-Rendanten Beil zu  
 Tönning den Charakter als Rechnungsrath, und dem Kommissions-  
 Rath, Kaufmann Friedrich Wih. Borchardt zu Berlin den Charakter  
 als Kommerzienrath verliehen.

Am Gymnasium in Kassel ist der ord. Lehrer Dr. Schmidt zum  
 Oberlehrer befördert, die Lehrerin Margaretha Wolleffen in Düssel-  
 dorf als Lehrerin beim Lehrerinnenseminar zu Saargburg angestellt  
 worden.

Der „Staatsanz.“ publiziert die Ordensverleihungen, welche ge-  
 legentlich der Manöver in Schlesien an das V. und VI. Armee-corps  
 erfolgt sind; die das V. Armee-corps betreffenden Auszeichnungen  
 wurden von uns bereits am 22. v. M. mitgeteilt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

**Berlin, 12. Oktober.**

— Der Kaiser hat, wie die „Post. Ztg.“ schreibt, bei Srn Jean  
 Fränkel von der zu Gunsten der Flora-Alten-Gesellschaft ver-  
 anstalteten Lotterie 100 Stück Loose bezogen, ohne daß von irgend  
 einer Seite eine Anregung hierzu gegeben wurde.

— Im Kriegsministerium geht man gegenwärtig mit  
 dem Plane um, aus dem Reserve-Landwehr-Bataillon  
 (Berlin) Nr. 35 ein Landwehr-Regiment zu bilden, da durch das enorme  
 Wachsen der Seelenzahl Berlins in den letzten Jahren die Arbeitslast  
 des hiesigen Bezirks-Kommandos sehr gestiegen ist, und man aus der  
 Eintheilung der hier zu kontrollierenden Mannschaften des beurlaubten  
 Standes der Armee in 4 Bataillone, in welche das neue Regiment  
 zerfallen soll, eine Erleichterung resp. Vereinfachung der Kontrolle er-  
 wartet. — Bei einem am Rhein garnisonierenden Regimente wurde  
 kürzlich einem Soldaten von einem Unteroffizier eine derartige  
 Ohrfeige appliziert, daß der Mann das Gehör verlor. Der Un-  
 teroffizier ist deshalb zur Untersuchung gezogen und mit acht Wo-  
 chen Arrest bestraft worden. Außerdem sollte auch noch ein Prozeß  
 wegen lebenslänglicher Erhaltung des Beschädigten gegen ihn an-  
 gestellt werden, derselbe ist jedoch sistirt worden, da der Damnskat  
 mittellos ist und Vermögen niemals zu erwarten hat. Nachdem alle  
 Selbstversuche erfolglos gewesen sind, sogar eine Ueberführung nach einer  
 hiesigen Heilanstalt stattgefunden hat, und die Unheilbarkeit des Mann-  
 nes konstatiert worden, ist derselbe wie die „Trib.“ schreibt, jetzt endlich  
 als Invalide anerkannt und ihm die gesetzliche Pension aus dem In-  
 validenfonds zugewilligt worden.

— Die kaiserlich türkische Botschaft in Berlin  
 ersucht die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende offiziöse Mitthei-  
 lung zur Kenntniß des Publikums zu bringen.

Die am 6. Oktober 1875 veröffentlichte Deklaration der hohen  
 Pforte mit der dieselbe begleitenden erläuternden Note hat verschiede-  
 bene Deutungen sowohl an der Börse, als auch seitens mehrerer Ka-  
 pitalkisten und Bankhäuser erfahren. Um künftighin jeder irrthümlichen  
 Auslegung zu begegnen und ein für alle Mal endgültige kategorische  
 Erklärungen zu geben, erklärt die osmanische Regierung Fol-  
 gendes:

1. Vom erwähnten Tage an sind der Zins und die Amortisirung  
 der inneren und äußeren Schulden des osmanischen Kaiserreichs fünf  
 Jahre hindurch auf die Hälfte reduziert.
2. Die Auszahlung dieser Coupons wird folgenderweise statfin-  
 den: die erste Hälfte in ihrem ganzen Betrag baar und die zweite Hälfte  
 in neuen fünfprozentigen Titeln, deren Zinsbetrag ebenfalls und zu  
 gleicher Zeit mit dem Zahlungstermin der ersten Hälfte ausbezahlt  
 werden soll.
3. Die der vollständigen baaren Bezahlung der ersten Hälfte,  
 sowie dem erwähnten fünfprozentigen Zins zu Grunde liegenden Ga-  
 rantien bestehen in dem Gesamtbetrag der Zolleinnahmen, der Tabak-  
 und Salzsteuer, sowie auch in dem Tribut von Egypten, und falls  
 diese Beträge nicht ausreichen sollten, werden sie durch die Sammel-  
 steuer ergänzt.
4. Wenn nach Verlauf der bestimmten fünf Jahre obige zweite  
 Hälfte der in 5 pCt. Zins tragenden Kapital veranbalteten Coupons  
 nicht ausbezahlt werden sollten, wird die Frist verlängert werden bis  
 zur vollständigen Tilgung der nächsten im Auslande zu kontrahiren-  
 den Anleihe, deren auf diese Weise frei gewordene Garantien die volle  
 Auszahlung der erwähnten 5 pCt. Zinsbetrag und Amortisirung mit-  
 begriffen, zur Bestimmung haben werden.

— Herr Wagener, Geh. Ober-Reg.-Rath a. D., befindet sich  
 also diesmal nicht auf dem eisenacher Kongreß; dagegen befindet er  
 sich, wie versichert wird, z. B. in Varzin. Fürst Bismarck hat es so-  
 mit vorgezogen, sich diesmal nicht wieder durch ihn in Eisenach ver-  
 treten zu lassen. Daß sich der Schüler Wagener's, Dr. Rudolf  
 Meyer, dort eingefunden und schon in der ersten Sitzung Veranlas-  
 sung genommen hat, Lärm zu verursachen, ist den Lesern bereits be-  
 kannt.

— Ueber die Mißstände im Lehrlings-Wesen und die Klagen  
 der Gewerbetreibenden, welche von der Reichsgesetzgebung Abhilfe er-  
 warten, schreibt die „N. L. C.“:

„Daß eine Abhilfe auf diesem Gebiete dringend notwendig ist,  
 wird Niemand leugnen wollen, doch stellt es sich, femehr die betreffenden  
 Wünsche aus den gewerblichen Kreisen laut werden, unseres Erachtens  
 immer klarer heraus, daß jedenfalls nicht die Gesetzgebung im Stande  
 ist, den eigentlichen Sitz des Übels zu treffen. Man klagt über eine  
 äußerst laxe Auffassung des Lehrverhältnisses, der zu steuern die  
 Gesetze keine genügenden Mittel gewähren. Wie sollen aber überhaupt  
 die Gesetze diese Mittel gewähren können? Hiermit allgemein wird  
 die Nothwendigkeit der Einführung schriftlicher Lehrkontrakte betont.  
 Es wird sich dagegen prinzipiell kaum Etwas einwenden lassen, nur  
 dürfte es doch zweifelhaft bleiben, ob jene „laxe Auffassung“ dadurch  
 gehoben oder auch nur paralysirt würde. Der wahre Grund derselben

liegt doch offenbar in der ganzen Lebensanschauung und Lebensge-  
 wohnheit, in welcher der Lehrling aufgezogen ist. Diese zu bekämpfen  
 oder zu bessern, kann aber schwerlich die Gewerbegesetzgebung die  
 Mittel an die Hand geben. Man mußte dem Gesetze zu, den Lehr-  
 lingen den Besuch der Tanzböden, der Schankwirtschaften die Verab-  
 reichung von Getränken an die Lehrlinge zu verbieten, Vorschläge,  
 deren Umdurchführbarkeit in der Praxis auf flacher Hand liegt. Kurz,  
 man wird immer wieder zu der Erkenntniß gedrängt: mögen auch in  
 dem das Lehrlingswesen betreffenden Abschnitt des Titels der Gewerbe-  
 ordnung einige Verbesserungen vorgenommen werden können, eine  
 wirkliche Hebung des Übels kann nur von einer ausreichenden Bil-  
 dung und einer sorgfältigen Erziehung erwartet werden.“

Und, fügen wir hinzu, von einer energischen Kooperation der  
 Meister, welche sich vereinigen sollten, um die Lehrlinge besser zu über-  
 wachen und solche, die nichts taugen, fortzuschicken, auch die Fort-  
 geschickten oder Fortgelaufenen nicht wieder zu nehmen. Statt Alles  
 von dem Staat, von dem Schutzpol, von der Gesetzgebung zu erwarten  
 (wobei man doch bekanntlich in der Regel vergeblich wartet), sollte  
 man an den alten Spruch denken: „Hilf Dir selbst, und Gott wird  
 Dir helfen!“

**München, 11. Oktober.** Wir entlehnten der „Königer Ztg.“ einen  
 Artikel, welcher von einer befremdlichen Äußerung des kommissarischen  
 Landrathsamtsverwalters Grafen Rönigsmarck bezüglich der Mai-  
 gesehe berichtete. Der Herr Graf schickte uns darauf ein autographirtes  
 Schreiben, welches den Inhalt jenes Artikels, insofern es Äuße-  
 rungen betrifft, die der Genannte gemacht haben soll, für vollständig  
 unwahr erklärt.

**Aus Kurheffen, 9. Oktober.** Die orthodox-partikularistischen  
 „Heffischen Blätter“ bringen als bestimmt die Nachricht, daß der Re-  
 gierungs-Präsident v. Ende in Düsseldorf zum Oberpräsidenten der  
 Provinz Sessen-Nassau auserschen sei, und begleiten dieselbe mit der  
 Bemerkung, diesem Beamten gebe der Ruf eines „eifrigen Kultur-  
 Kämpfers“ voraus. Durch diese Worte wird sehr deutlich befehndet,  
 daß man in den kirchlichen Oppositionskreisen die Neubesezung der  
 Oberpräsidenten-Stelle als einen förmlichen System-Wechsel betrach-  
 tet. Hr. v. Bodelschwingh ist, wie man dem „Frkf. Z.“ schreibt, in der  
 That lediglich deshalb um seine Pensionirung eingekommen, weil er  
 mit der preussischen Kirchen-Politik nicht so pure einverstanden war  
 und deshalb mit dem Kultus-Ministerium in eine Art von Kriegs-  
 Zustand lebte. [Er ist übrigens mit einem Ruhe-Gehalt von 4000  
 Thalern pensionirt worden und will seinen Wohnsitz in Bonn auf-  
 schlagen.]

**München, 10. Oktober.** In allen politischen Kreisen unserer  
 Stadt beschäftigt man sich zur Zeit mit zwei Dingen: mit den Vor-  
 gängen in Ogersheim und mit dem 3. örg'schen Adress-Ent-  
 wurf. We ernst die erstere an höchster Stelle aufgenommen wurde,  
 erfährt man aus der (durch den Telegraphen ausführlich verbreiteten)  
 offiziellen Mittheilung in der „Allg. Zeitung“, zumal dieselbe, wie  
 man der „N. Z.“ schreibt, auf Veranlassung des Königs selbst aus  
 dem Ministerium an das genannte Blatt eingelangt wurde. Daß es  
 damit aber sein Bewenden allein nicht hat und nicht haben kann, muß  
 mit Sicherheit angenommen werden. Was den Adress-Entwurf be-  
 trifft, so erregt er hier allenthalben die größte Indignation  
 und das zum Theil selbst in sonst gut ultramontanen Kreisen. Mit  
 einer solchen Sprache dem Monarchen gegenüber, hört man auch in  
 solchen Kreisen sagen, wird nicht das Gewünschte, viel eher das Gegen-  
 theil erreicht werden. Daß, wenn die Adresse in der Kammer  
 zur Annahme gelangt sein wird, die sämtlichen Minister den  
 König um ihre Entlassung bitten werden, kann kaum einem  
 Zweifel unterliegen, wohl aber ist es mehr als zweifel-  
 haft, ob Se. Majestät geneigt ist, dieser Bitte zu entsprechen. Es  
 sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß der König die Minister nicht  
 entlassen würde, daß weit eher die Auflösung der Kammer erfolgt. Ob  
 aber letztere Maßregel schon dormalen erfolgt und nicht vielmehr ab-  
 gewartet wird, ob die Zweistimmen-Majorität der ultramontanen  
 Fraktion dem in der Adresse ausgesprochenen Mißtrauensvotum eine  
 praktische Folge giebt und nicht nur zu jedem, noch so dringenden Ge-  
 segentwurf, die Zustimmung versagt, sondern auch die Steuern ver-  
 weigert, das läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Außer den bereits  
 mitgetheilten Auslassungen der „Neust. Nachr.“ über den Adressentwurf  
 lassen wir hier noch einige folgen. Die „Süddeutsche Press.“ bemerkt  
 mit Recht, nachdem sie hervorgehoben, daß Rücksichten der Taktik sie  
 noch abhielten, ihr Urtheil über den Entwurf des Näheren zu moti-  
 viren:

Nur die jedem Leser einleuchtende Bemerkung sei uns gestattet,  
 daß der ziemlich dreiste und ungehobelte Ton des Adressstückes durch den  
 auffallend schlechten Stil desselben noch mehr hervorgerufen wird.  
 Herr Jörg hätte mit diesem kostbaren Dokument seiner Befähigung  
 zur politischen Publizistik wirklich keine solche Geheimnistrückerung zu  
 treiben brauchen.

Und in noch stärkerem Maße geistelt ein münchener Korrespondent  
 der „Allg. Z.“ den Adressentwurf und den Gumburg, der mit dem-  
 selben getrieben worden ist, indem er sagt:

Also Niemand kannte die Adresse, nicht einmal Herr Kurz wußte,  
 ob das Kind, das er aus der Taufe gehoben, Hand und Fuß hat.  
 All' die mehr oder minder großen Juristen der Kammer, die Räte  
 und Direktoren begaben sich ihr eigenes Urtheil und waren und  
 sind siout baculus in der Hand ihres Oberen. Ein solches Schauspiel  
 haben die Kapazitäten wohl noch auf keinem Landtag gesehen. Nach  
 man den Nationalalliberalen immer Bormwürfe aus ihrer Hingebung an  
 Bismarck; nun, Herr Jörg behandelt die auf seinen Namen Gewähl-  
 ten auch nicht schlecht! Also kein Sterbenswörtchen vergaßte er ihnen  
 zu wissen, laut Protokoll vom 7. d., und doch wird der „Allg. Ztg.“  
 schon unterm 5. d. aus München geschrieben, die Adresse sei  
 ein Meisterstück und lasse an Klarheit und Entschiedenheit nichts zu  
 wünschen übrig. Eine Lüge in guter Absicht ist nur eine „Dezonomie“

der Wahrheit“, sagt der heilige Chrysostomus in seinem Dialog von der  
 Priesterhaft. Wenn also Herr Dr. Jörg nicht etwa doch sein Ge-  
 dächtniß täuscht, so haben eben die Wahrheitsschönheiten der „Post.“  
 in guter Absicht gehandelt, oder, was ebenfalls möglich, es liegt ein  
 Wunder imwischen! Der letztere Fall ist sogar der wahrscheinlichere.  
 Wenn man bedenkt, was der sel. Maria Macoque alles begegnet ist,  
 so kann ja auch der ehrwürdige „Post.“ Herr Jörg erschienen sein,  
 kann ihr die Güte und Klarheit seiner Adresse gezeigt, vielleicht sogar  
 ihr Herz hineingelegt haben. Ich bitte das nicht als einen Scherz zu  
 unterdrücken, dergleichen Erscheinungen sind von unfehlbarer Seite  
 so oft konstatiert und approbirt worden, daß man bei unerklärlichen  
 Dingen gern darauf zurückkommt.

**Wien, 9. Oktober.** Die Debatten der Delegationen über die aus-  
 wärtige Politik des Gesamtstaates sind beendet und geben den Blät-  
 tern Stoff zu mancherlei Betrachtungen. Die „N. Fr. Pr.“ äußert  
 sich wie folgt:

„Nicht man die Summe alles dessen, was in den Ausschüssen wie  
 in offener Sitzung gefragt, geantwortet, diskutiert und beschlossen wurde,  
 so ergibt sich ein nahezu unbefränktes Vertrauensvotum für den Mi-  
 nister des Äußern, und wir dürfen wohl sagen, daß die beiden Dele-  
 gationen mit diesem Votum der Genugthuung der hinter ihnen stehenden  
 Parlamente und Bevölkerungen Ausdruck gegeben haben. Nähere Auf-  
 klärung über das, was unsere Regierung bezüglich der bergewinnlichen  
 Gübel im Einzelnen verfügt hat oder in Zukunft zu verfügen gedenkt,  
 hat auch die Verhandlung in den Plenarsitzungen nicht gebracht und sie  
 ist auch von Niemandem erwartet worden; es genügt vollaus, zu  
 wissen, daß unser Ministerium keine Politik der Abenteuer verfolgt  
 und auf die Erhaltung des Friedens bedacht ist. Indessen muß doch  
 ein Unterschied konstatiert werden in der Art, wie die beiden Dele-  
 gationen dem Grafen Andrassy ihr Vertrauen ausdrücken. Schon die  
 Berichte der beiden Ausschüsse unterschieden sich dadurch von einander,  
 daß der ungarische bei aller Parteilichkeit im Ausdruck und trotz ängstlicher  
 Einhaltung der parlamentarischen Kompetenzschränken doch eine Rich-  
 tung aneutete, welche Ungarn in unserer Politik eingeschlagen sehen  
 will, während der österreichische Bericht es ängstlich vermied, in diesem  
 Punkt überhaupt etwas zu sagen.“

Das bereits mehrfach angekündigte österreichische han-  
 delspolitische Braunsch wurde am 7. unter dem offi-  
 ziellen Namen „Korrespondenzen des Ministeriums des Äußern und  
 Berichte der k. k. Missionen und Konsulate in handelspolitischen An-  
 gelegenheiten“ den Delegationen vorgelegt. Es enthält 31 Altkstücke  
 und zerfällt in zwei Abtheilungen, von welchen die erste, kleinere, die  
 Korrespondenzen des auswärtigen Amtes in Sachen der internatio-  
 nalen Sanitätskonferenz und der Kündigung des Handelsvertrages  
 mit Italien, die zweite eine Reihe nach Ländern geordneter Konsular-  
 und Missionsberichte enthält. Unter den letzteren sind aus Deutsch-  
 land: a) Berlin, ein Bericht des k. k. Legationssekretärs v. Sengel-  
 müller über die deutsche Münzreform; b) München, Bericht des k. k.  
 Legationsraths v. Jäger über den Getreidehandel in Baiern; c)  
 Leipzig, Wirtschaftliche Zustände in Sachsen. Bericht des k. k. Mi-  
 nisterialraths und Generalkonsuls Ritter v. Gräner. d) Hamburg,  
 Der Dampfschiffverkehrsverkehr zwischen den norddeutschen Häfen und  
 Nordamerika; Konkurrenz und Auswanderung. Bericht des k. k.  
 Generalkonsuls Freiherrn v. Westenholz; e) Mannheim, Bericht des  
 k. k. Konsuls Ladenburg über den Handel in Getreide, Kaffee, Tabak,  
 Wein, Hopfen, Hanf, Del, Fettwaaren und Zucker. Vorangelegt  
 ist eine kurze Einleitung über den Zweck des Braunsch, die wir  
 hier im Wortlaute folgen lassen. Sie lautet:

„Um dem in der letzten Session der hohen Delegationen aus-  
 gedrückten Wunsche zu entsprechen, hat das k. und k. gemeinsame Mi-  
 nisterium des Äußern die Veröffentlichung einer Sammlung seiner  
 Korrespondenzen und einzelner Berichte der k. und k. Missionen und  
 Konsulate veranlaßt, die handelspolitische Gegenstände behandeln.  
 Diese Publikationen haben den Zweck, die Thätigkeit des auswärtigen  
 Amtes auf handelspolitischem Gebiete nach einigen Richtungen zu  
 illustriren. Sie sind bestimmt, die Verhandlungen über Gegenstände  
 dieser Natur in Betreff des internationalen Verkehrs zur Orientirung  
 zu dienen. Sie sollen zugleich den betheiligten kommerziellen, indu-  
 striellen und landwirtschaftlichen Kreisen werthvolle Anhaltspunkte  
 zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen an die Hand geben.  
 Die durch das Zoll- und Handelsbündniß festgestellte Moralität der  
 Mittheilung der periodischen Handelsberichte der Konsulate an die  
 Handelsministerien der beiden Reichshälften wird durch die gegen-  
 wärtige Publikation in keiner Weise berührt. Indem diese Publikation  
 zum Theile nach dem Vorbilde ähnlicher Mittheilungen in anderen  
 Staaten eingerichtet worden ist, bleibt der Zukunft vorbehalten, auf  
 Grundlage gemonnener Erfahrungen derselben in der Zusammen-  
 stellung und bezüglich ihres Umfangs jene Form zu geben, die geeignet  
 erscheinen wird, den von den hohen Delegationen ausgedrückten Wün-  
 schen vollkommen Rechnung zu tragen.“

**Paris, 10. Oktober.** In liberal-protestantischen Krei-  
 sen lassen sich immer lautere Klagen darüber vernehmen, daß der  
 Unterrichtsminister das in dem an dieser Stelle erwähnten Rund-  
 schreiben vom 18. August den liberalen Konfessionen gegebene Ver-  
 sprechen noch nicht eingelöst hat, die seit der Umstufung der freisinnigen  
 Konfessionswahlwahlen getroffenen Pfarrwahlen im Interesse der ihrer  
 Seelsorger beraubten Gemeinden provisorisch zu bestätigen. Wie man  
 sich erinnern wird, forderte Herr Wallon in seinem Zirkular die be-  
 treffenden Konfessionen, auf unverweilt offizielle Meldungen an sein  
 Departement zu richten. Dies ist schon lange geschehen, eine Antwort  
 aber noch nicht erfolgt. Man darf annehmen, daß Herr Wallon sein  
 Versprechen zu halten gedenkt, und der Verzug auf äußeren Umständen  
 beruht, daß vielleicht der Direktor der protestantischen Sektion im  
 Kultusministerium, Herr Guillaume Guizot, sich in der Erledigung  
 des Geschäftes, das unmißlich seinen Beifall haben kann, nicht eben übereilt.  
 Indessen aber erweisen die Orthodoxen dem Kultus- und Unterrichts-  
 minister die geringe Ehre zu behaupten: daß er sich anders besonnen  
 habe, und den „Katholiken“, wie sie es verdienen, gar nichts gewähren  
 werde. Ein unerquicklicher Streit über diesen Gegenstand, der von  
 dem kirchlichen auch stark auf das politische Gebiet hinüberzieht, füllt  
 alle Spalten der protestantischen Organe, und erweitert immer



mehr die zwischen Synodalen und Antisynodalen gährende Kluft. — Am 9. d. Vormittags 10 Uhr hat der Präsident der Republik im Elysee dem neuen französischen Kardinal, Erzbischof von Rennes, im Beisein des päpstlichen Nuntius Herrn Neglia, und der Minister Decazes und Wallon, das Barett aufgesetzt. Der Kardinal war mit seiner Begleitung in zwei Salomagen aus dem Hotel du Ven Lafayette abgeholt und von dem Ceremonienmeister Herrn Molard in dem großen Salon des Elysee eingeführt worden. Hier richtete der als päpstlicher Ablegat fungierende erste Sekretär der Nuntiatur an den Marschall-Präsidenten eine lateinische Ansprache, worauf man sich im Zuge nach der Schloßkapelle begab, um dort die Messe zu hören. Nach beendeter Hochamt neigte sich der Kardinal vor dem Präsidenten auf die Knie und dieser legte ihm das Barett auf, während der Ceremonienmeister ihm den Purpurmantel über die Schultern warf. Der Kardinal verweilte dann noch eine Zeit lang in stillem Gebet, in dem der Präsident sich zurückzog. Es folgte, nachdem der Kardinal im großen Salon die üblichen Glückwünsche entgegengenommen hatte, ein Diner, worauf der neue Purpurträger in sein Hotel zurückgeleitet wurde. — Die letzte Versammlung der Bischöfe beschloß, die pariser Universität nicht „freie“, sondern „katholische“ zu nennen. Dies geschah auf Befehl des Papststuhls, der den von Dupanloup vorgeschlagenen Titel „freie“ Universität nicht billigt, da in den päpstlichen Universitäten doch nur katholische Schüler Aufnahme finden dürften. Ferner wurde ein Dankeschreiben für das päpstliche Breve redigiert und der Erzbischof mit der Ernennung des Rektors betraut.

#### IV. Jahresversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

II.

(Fr.) Eisenach, 11. Oktober.

In meinem gestrigen Bericht habe ich eine Rede des Hrn. Dr. R. Meyer (Berlin) nicht ganz korrekt wiedergegeben. Nicht der gestern mitgeteilte, sondern ein ganz ähnlicher Antrag, den die Herren Dr. Meyer, Koberstein und Prof. Dr. Adolf Wagner auf dem letzten landwirtschaftlichen Kongresse zu Berlin stellten, hatte die erwähnte Berücksichtigung bei dem Kaiser und dem kaiserlichen Reichsanwalt gefunden. Dieser Antrag faßte die landwirtschaftlichen Produkte mit ihren Arbeitern und Arbeiterinnen ins Auge, während der hier gestellte die Industrie mit ihren Unternehmern und Arbeitern berücksichtigte. Unter den Anwesenden bemerkte ich heute den Redakteur der „Deutschen Eisenbahn-Zeitung“, Herrn Joachim Schlessen (Berlin).

Heute sprach zunächst Herr Dr. v. Blener (Wien) über die österreichische Gewerbe-Gesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung des Lehrlingswesens. Redner theilte in ausführlichster Weise die Bestimmungen der österreichischen Gewerbe-Gesetzgebung, das Lehrlingswesen betreffend mit: Das Genossenschaftswesen habe keineswegs zur Verbesserung des Lehrlingswesens in Österreich beigetragen; man könnte eher das Gegenteil behaupten. Sehr viel sei bezüglich des Lehrlingswesens in Österreich noch zu thun. Die Lehrlinge werden im Allgemeinen noch zu häuslichen Arbeiten verwandt. Die Meister seien im Allgemeinen weder für die sachliche, noch sonstige geistige Ausbildung ihrer Lehrlinge b. d. h. Auch sei es dringend geboten, der Moralität der Lehrlinge, ohne welche eine gebräugliche Ausbildung einfach unmöglich sei, größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Einer der größten Krebshöhlen der österreichischen Gewerbe-Gesetzgebung sei, daß die Lehrlinge, sobald sie nachweisen, daß sie eine bessere, d. h. pekuniär einträglichere Stellung gefunden, ihren Lehrvertrag brechen dürfen. Alle modernen Staaten machen es sich gegenwärtig zur Aufgabe für das geistige und leibliche Wohl der jugendlichen Arbeiter zu wirken. Umso mehr sei es erfreulich, daß diese Versammlung diese so wichtige Angelegenheit in ihre Verathung ziehe. (Bravo!)

Herr Prof. Dr. v. Scheel (Bern) gab ein Bild von der neuen schweizerischen Gewerbe-Gesetzgebung beziehentlich des Lehrlingswesens und vermittelte dieser schon etwas erfreuliche Resultate aufzuführen.

Der Gewerbe-Kammer-Sekretär, Herr Dr. Brindmann (Hamburg) referirte sodann über die Reform des Lehrlingswesens: Das Lehrlingswesen steige immer mehr auf der moralischen Stufenleiter herab. Dadurch, daß der Lehrling nicht mehr in die Familie des Meisters aufgenommen werde sondern außer dem Hause wohne, sei der Lehrling im eigentlichen Sinne des Wortes selbstständiger Arbeiter. Welchen Verführungen ein solch junger, unerfahrener, für alles leicht empfänglicher Mann, insbesondere in den großen Städten ausgesetzt sei, werde einleuchten. Am meisten werden arme Knaben von den eigenen Eltern ausgebeutet. Viele Eltern seien keineswegs für die Zukunft ihrer Söhne bedacht, sondern berücksichtigen in erster Linie den momentanen Verdienst ihrer Kinder. Dieser Uebelstand mache sich nicht bloß in Deutschland, sondern noch mehr in Frankreich fühlbar. Pariser Handwerks-Meister vermögen aus Paris selbst keinen Lehrling mehr zu erhalten. Eine gewisse, den Lehrlingen zu zahlende Löhnung würde wesentlich zur Beseitigung dieses Uebelstandes beitragen. Auch sei zu konstatieren, daß die technischen Fähigkeiten der Handwerker seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts unendlich schlechter geworden seien. Erst die Industrie-Ausstellungen haben wieder etwas größeren Eifer in die Kreise der Handwerker hineingetragen und seien die französischen Handwerker von deutschen an technischer Fähigkeit bedeutend voraus. (Rufe: Sehr wahr!) Selbst diejenigen, die die Selbsthilfe auf ihre Fahne geschrieben, seien der Ansicht, daß die deutsche Gewerbeordnung sehr viel zu diesen Mängeln beigetragen. Zu bemerken sei allerdings, daß der deutschen Gewerbeordnung von 1869 nur ein winziger Bruchtheil Schuld zuzuschreiben sei. Zunächst müsse die Kontraktbuchsfrage bei den Lehr-Verträgen eine gebräugliche Regelung erfahren. Lehrlingskassen, die nur mit Zwang aufrecht zu erhalten seien, wolle er (Redner) nicht empfehlen. Daß auch die Arbeitnehmer und zwar in erster Linie die sozialdemokratischen Vereinigungen das Lehrlingswesen in das Bereich ihrer Thätigkeit gezogen, könne er (Redner) nur billigen. Es sei bloß bedauerlich, daß diese Leute in Folge ihrer politischen Agitation sich mit dem Lehrlingswesen wenig oder gar nicht praktisch beschäftigen. Eine ähnliche Thatsache sei von den deutschen Gewerbetreibenden anzuführen. Aufgabe der Arbeitgeber sei es u. A. Fachschulen für Lehrlinge zu etablieren. Ferner sei die Errichtung von den, von der Hamburger Gewerbe-Kammer proponierten neuen Innungen, in denen sich Arbeitnehmer mit Arbeitgebern desselben Gewerbes zur Regelung gemeinsamer Angelegenheiten verbinden, zu empfehlen. Er (Redner) halte es für höchst unthun, sozialdemokratische gewerkschaftliche Vereinigungen nicht als vollberechtigte Arbeitnehmer Vereinigungen in diese neuen Innungen mit hineinzuziehen. Die alten Zünfte haben mittelst des Prüfungswesens nicht das Mindeste für die technische Befähigung, abgesehen sei es in den Händen gehabt, getan. Eine geistliche Weiterbildung der Lehrlinge habe er (Redner) für unzulässig. Wollte man ernsthaft eine zeitgemäße Reform des Lehrlingswesens, so sei die Schaffung mit behördlicher Autorität ausgerüsteter Organe, welche das Lehrlingswesen beaufsichtigen, notwendig. Der Lehrvertrag sei in erster Beziehung zu Gunsten des Lehrlings zu fordern. Ferner fordere er (Redner), daß kein Arbeiter unter 18 Jahren zu einer regelmäßigen Beschäftigung in Gewerbe- oder Fabrikbetrieben angenommen werden dürfe. Die Gewährung ordentlichen Unterrichts in für Lehrlinge geeigneten Schulen, in denen außer den allgemeinen üblichen Unterrichtsgegenständen die Grundlehren der Volkswirtschaft und der Gewerbe-Gesetzgebung gelehrt werden, sei dringend zu befürworten. Ein Zwang zum Besuche von Fortbildungsschulen sei nur unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse im Gewerbe einzuführen, und müsse man der Entwicklung der gewerblichen Fachschulen und der Lehrwerkstätten für einzelne Gewerbe freien Spielraum gewähren. (Beifall.)

Herr Prof. Dr. Schönberg (Tübingen): Die schlimmste Lage des Mittel- bzw. kleinen Handwerksstandes, geringe Konkurrenzfähigkeit

deutscher Produkte auf dem Weltmarkte resultiren aus dem im Argen liegenden Lehrlingswesen. In Folge der schlechten Ausbildung der Lehrlinge erhalten die kleinen Handwerksmeister schlechte Gehälter, in dem die besser ausgebildeten sich zumeist der Fabrik, wofür sie größeren Verdienst finden, zuwenden. Daß solch schlecht befähigte Handwerker, denen auch gewöhnlich, die nöthige geistige Ausbildung fehle, zur Immoralität und zum Anschluß an die sozialdemokratische Partei geneigt seien, ist erklärlich.

Man gebe vielfach der deutschen Gewerbeordnung von 1869 Schuld an den beregten Mängeln. Jedoch keineswegs diesen. Sondern den Beteiligten selbst, d. h. den betreffenden Eltern und Meistern, nicht minder auch den Regierungs- und Kommunalbehörden sei die Schuld hieran beizumessen. Aufgabe der Regierungs- und Kommunalbehörden sei es, die Bestimmungen der deutschen Gewerbeordnung voll und ganz zur Ausführung zu bringen. (Bravo!) Die von dem Redner proponierten neuen Innungen halte er (Redner) nicht für allgemein einführbar. Er empfehle die Einrichtung besonderer obrigkeitlicher Organe, welche, zusammengesetzt aus Vertretern der Staatsgewalt, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer das Lehrlingswesen regeln und beaufsichtigen und Streitigkeiten in Bezug auf die Verhältnisse der Lehrlinge entscheiden. Ohne die Staatsgewalt verzichte er (Redner) auf diese Organe. Die Lehrlinge seien zumeist unmündige Leute und wenn man die Lehrlinge gewissen Verpflichtungen unterwerfe, dann sei er auch voll und ganz berechtigt, Schutz von der Staatsgewalt zu fordern. Für Zwang bei Fortbildungsschulen könne sich Redner nicht erklären. Die Gesetzgebung müsse nur für die Bestrafung des Lehr-Kontraktbruchs und für ein zeitgemäßes Prüfungsverfahren eintreten. Die Gesetzgebung vermöge aber nur das Fundament zu schaffen. Das Uebrige haben die Beteiligten und zwar zunächst die Meister zu thun, die den ihnen anvertrauten Lehrlingen in jeder Beziehung mit gutem Beispiele voranzugehen haben. Nur auf diese Weise werde Deutschland seinen krasen Egoismus u. überwinden. (Beifall.)

Herr Tischler (Berlin): Er (Redner) habe unter dem trübseligen Kunstnamen seine Lehrlinge absolviert und wenn er sich diese seine Lehrlinge in's Gedächtnis rufen würde, dann steige ihm über die damals unmündige Stellung der Lehrlinge die Schamröthe ins Gesicht. Und derartige Zustände wolle man wieder einführen? Heute sei es allerdings auch noch nicht viel besser. Noch heute sei der Lehrling in der Familie des Meisters „das Mädchen für Alles“, und in der Werkstatt der allgemeine Bräutigam. Gegen die Bestrafung des Kontraktbruchs müsse er sich ganz entschieden erklären. An dem Kontraktbruch — dies vermöge er aus seiner langjährigen Praxis zu konstatieren — seien in den meisten Fällen die Arbeitgeber schuld. Nicht minder aber müsse er sich gegen die beabsichtigte Wiedereinführung des Prüfungsverfahrens verwahren. So manches Talent sei bei den früheren Prüfungen, in denen die gemeinsten Bestechlichkeiten vorgewaltet haben, unendlich benachtheiligt worden. Nicht die Kälte der den alten Prüfungsverhältnissen, sondern zunächst Selbsterkenntnis der Meister, Errichtung der vom Referenten proponierten neuen Innungen, die Fach- und Fortbildungsschulen zu errichten und zu überwachen haben, Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Kinder und jugendliche Arbeiter in den Fabriken, sei geeignet zur Abhilfe der beregten Mängel beizutragen. Auch habe der Staat durch eine, den Anforderungen der Industrie entsprechende Volksschule die Grundlage für die Lehrlingsreform zu schaffen. (Beifall.)

Herr Baumeister (Berlin): (Delegirter des Bundes der deutschen Bau-, Maurer- und Zimmermeister): Es sei Unrecht von den Arbeitnehmern alle Schuld den Arbeitgebern beizumessen. Die Sozialdemokraten haben wohl quantitativ, aber nicht qualitativ auf die Produktionsverhältnisse eingewirkt. Ihr unaufhörliches Geschrei nach höherem Lohn und verminderter Arbeitszeit habe wesentlich zur Konstruktions-Unfähigkeit der deutschen Produkte auf dem Weltmarkte beigetragen. In Verkennung aller Verhältnisse rufe man nun nach Schutz. Er (Redner) empfehle kriminelle Bestrafung des Lehrvertragsbruchs, Prüfungs-Einführung u. s. w.

Herr Dr. Böcher (Frankfurt a. M.): Die hier angeregten Uebelstände gipfeln insbesondere in den gegenwärtigen Produktions-Verhältnissen. In Folge der Arbeitstheilung und der überaus schnellen Arbeitsweise der Lehrlinge lernen. Die übergroße Mehrheit der Handwerksmeister betrachte den Lehrling nicht als einen Menschen, den er verpflichtet sei auszubilden, sondern als ein Werkzeug, der nach Möglichkeit auszubehalten sei. (Rufe: Sehr wahr!) Wollte man Abhilfe schaffen, dann müsse man die Ausbildung der Lehrlinge von der Praxis der Werkstatt trennen. Um dies auszuführen seien geeignete Organe zu schaffen.

Herr Roth (Fabrikant aus Chemnitz) plaidirte lebhaft für Fach- und Fortbildungsschulen. Man müsse gleich von Anfang an die Lehrlinge vor den sozialdemokratischen Einflüssen möglichst zu bewahren suchen. Daß die schlechte Lage der deutschen Industrie wesentlich den sozialdemokratischen Agitationen zuzuschreiben sei, könne er (Redner) aus seiner Praxis bezeugen und er bedauere es aufrichtig, daß er hier als Anführer der Sozialdemokratie auftreten müsse. — Hier wurde die Sitzung, die heute Vormittags gegen 9 Uhr begonnen, gegen 4½ Uhr Nachmittags bis Abends 7 Uhr vertagt.

#### Lokales und Provinzielles.

Fosen, 13. Oktober.

— Durch ein Mißverständnis des Segers ist der Leitartikel in unserer heutigen Morgennummer mit einer „I.“ versehen, als ob noch weitere über diesen Gegenstand folgen sollten. Dies ist nicht der Fall.

△ Binne, 11. Oktober. [Telegraphie.] Seit dem Jahre 1866 befindet sich hier eine mit der Post kombinierte Telegraphen-Station. Im Jahre 1867 erhielt auch unsere Nachbarstadt Neustadt b. P. eine Telegraphenstation. Die durch diese Einrichtung verursachten Kosten, da letztgenannte Stadt in dieselbe Leitung, in welcher sich Binne befindet, eingeschaltet werden sollte, wurden dadurch vermindert, daß die Telegraphenverwaltung von Binne nach Neustadt, statt einer Schleife, wie es ursprünglich beabsichtigt worden war, nur einen Draht legte und auf diese Weise die hiesige Station zur Station einerseits und die Station von Neustadt andererseits einrichtete. So daß durch Umstellung der Zweigleitung nach Neustadt bald mit den Stationen westlich von Binne, bald mit den östlichen, nach jeweiligem Bedürfnis, verbunden werden konnte. Um den hiesigen mit der Telegraphie betrauten Postbeamten eine Erleichterung zu verschaffen, sollte im Laufe dieses Sommers die zweite Leitung zur Herstellung einer Schleife von hier nach Neustadt angelegt werden, wodurch die hiesige sogenannte Station als solche aufgehoben und dieselbe in Neustadt zur Zwischenstation eingerichtet werden sollte. Da sich in Folge einer genaueren Berechnung herausstellte, daß die erwähnte neue Leitung sich keineswegs rentiren würde, so wurde davon Umgang genommen und an deren Statt in voriger Woche von Seiten der Telegraphen-Verwaltung auf hiesiger Station eine ganz neue, im Telegraphen-Betrieb des deutschen Reichs bislang nicht verwendete Uebertragungsweise eingeführt, wodurch das jetzige und unbenutzte Umföhrlein von jetzt ab fortfällt.

△ Binne, 12. Oktober. [Abeßynische und artesische Brunnen. Bildungsverein.] Nachdem fast den ganzen verfloßenen Sommer über auf dem hiesigen Dominal-Territorium sowohl als auch auf einigen Gütern der Umgegend durch Hrn. Obersteiger Bremme Bohrversuche nach Braunkohle bislang leider noch ohne jeden Erfolg gemacht worden, sind die Arbeiten vor der Hand eingestellt worden; sollen aber gelegentlich wieder fortgesetzt werden. Herr Bremme ist trotz diesen Unterbrechungen, durch andere in sein Fach einschlägige Arbeiten in Anspruch genommen, noch immer unser Gast. Da wir nämlich in Binne nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Brunnen besitzen, so kommt es nicht selten vor, daß wir, falls irgend einer derselben zufällig schadhaft geworden ist, an bedeutendem Wassermangel leiden. Im diesem Uebelstand zu bezeugen, lassen sich einige hies. Ackerbürger auf ihren Höfen von dem Obersteiger soze-

nannte abeßynische Brunnen anlegen, welche sich sehr bewähren und bei einer Tiefe von 23 Fuß in einem Rohre von einer Triebkraft von 26 Fuß im Gange nur die geringe Summe von 38 Thlr. kosten. Wie man hört, läßt Herr Direktor Lehmann in Celmann, eine halbe Meile von hier, einen artesischen Brunnen von 126 Fuß Tiefe bauen. — Der hiesige vor etwa 2 Monaten in's Leben getretene Lehr- und Geselligkeitsverein dessen Tendenz dahin geht, gute Sitten und Intelligenz unter seinen Mitgliedern zu fördern, hat beschlossen, angeregt durch den Bericht Ihrer geschätzten Zeitung, welche hier fast den Charakter eines Lokalblattes hat, über die Delegirten-Versammlung des Provinzial-Verbandes der Bildungs-Bereine, den hiesigen genannten Verein in einen Bildungsverein umzuwandeln und sich alsdann dem Provinzialverband anzuschließen. Um diesen Wunsch ebenfalls auszuführen zu können, hatte sich der Kaufmann Herr W. Lewin jun. Namens des hies. Lehr- und Geselligkeitsvereins an den Herrn Professor Kahle in Fosen gewandt, um sich wegen der beregten Angelegenheit Rath zu erhalten, welchem Ansuchen der Genannte bereitwillig entsprochen hat.

#### Aus dem Gerichtssaal.

§ Fosen, 12. Okt. Vor der Kriminal-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts kam heute Vormittags die Anklage gegen den Luftschiffer Carl Schulze aus Halle wegen Betruges zur Verhandlung. Bekanntlich hatte der Angeklagte durch Annoncen und Plakate bekannt gemacht, er werde am 11. Juli d. J. im hiesigen Volksarten mit einem Luftballon emporsteigen und dabei aus bedeutender Höhe Brieftauben herabfliegen lassen; auch hatte er erklärt, er sei bereit, 2 Mitreisende mitzunehmen. Bekanntlich ist nun der Luftschiffer nicht aufgestiegen, sondern hat den Ballon allein emporsteigen lassen. Auf Anordnung des Staatsanwalts v. Dröfler, welcher dem Aufsteigen des Ballons beimohnte, wurde damals der Luftschiffer sofort verhaftet, und erst, nachdem er eine Kaution gestellt hatte, nach einigen Wochen entlassen. Die Staatsanwaltschaft hat nun gegen den Luftschiffer die Anklage wegen Betruges auf Grund des § 263 des Strafgesetzbuches erhoben, welcher lautet: „Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen eines Anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher Thatfachen einen Irrthum erregt oder unterhält, wird wegen Betruges mit Gefängnis bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 1000 Thlr., sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.“ Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf die Geldstrafe erkannt werden. In der Anklageschrift war auszuführen, daß ein Betrug durch Vorspiegelung falscher Thatfachen insofern vorliege, als der Angeklagte kein geübter Luftschiffer sei; daß ferner der Luftballon, welcher emporgestiegen, im schlechten Zustande und gar nicht im Stande gewesen, mit demselben eine Luftschiffahrt zu machen; daß endlich der Angeklagte von vornherein nicht die Absicht gehabt habe, emporzusteigen.

Der Angeklagte, befragt, was er auf die Anklage zu erwidern habe, führt an, daß er bei Siebel in Leipzig die Luftschiffahrt erlernt und an mehreren Orten bereits aufgestiegen sei, daß ferner sein Ballon, der den Namen „Benitz“ führe, von Siebel zum Aufsteigen benutzt worden, und daß die schadhaften Stellen in dem Ballon von ihm ausgebessert worden seien, so daß derselbe vollkommen tauglich zum Aufsteigen gewesen. Erst, nachdem er zur Ueberzeugung gelangt, daß der Ballon in Folge nicht genügenden Gasdrucks nicht die nöthige Füllung und die gebräugliche Tragfähigkeit besitze, habe er es aufgegeben, mit demselben emporzusteigen. Letzterer sei, ohne daß er es gewollt, davon gelassen, indem die beim Füllen des Ballons beschaffigten Soldaten zu frühzeitig losgelassen. Es sei ihm dadurch ein Schaden von 800 Thlr. erwachsen, indem der Ballon nicht wiedergefunden worden sei; auch habe er von der damaligen Kaffeeneinnahme im Volksgarten, die etwa 300 Thlr. betrug, bis jetzt noch Nichts erhalten.

Es wurden im Ganzen 8 Zeugen vernommen, welche über die Beschaffenheit des Ballons, über den Vorgang beim Aufsteigen desselben u. dergleichen befragt wurden. Aus den Aussagen des Volksgartenbesizers, E. Taubert, dessen Schwiegersohns, Kuhnke, und des Theaterdirektors H. v. d. g. ging hervor, daß zwischen Hrn. Taubert und dem Luftschiffer ein Abkommen wegen des Emporkommens des Letzteren getroffen worden sei, wonach der Luftschiffer ¼ der Kaffeeneinnahme zu erhalten, aber auch ¼ der Kosten zu tragen habe. Der Stoff zu dem Ballon sei ein sehr mühsam gewesener, so daß man ihn leicht habe zerreißen können; es hätten sich noch viele schadhafte Stellen im Ballon gefunden, die jedoch repariert worden seien; auch sei der ganze Ballon behufs Dichtung mit Firnis neu getränkt worden. Die Füllung mit Gas sei mittelst eines 3 und eines 2 Zolligen Rohres erfolgt, welche in ein 4 Zolliges Rohr einmündeten, an welches der Schlauch zum Füllen befestigt worden. Letzterer habe an einer Stelle ein Knie gezeugt, wodurch offenbar das Einströmen des Gases erschwert worden sei; bis zum Knie sei der Schlauch frost, von da ab schlaff gewesen. Die Füllung habe etwa 12 Uhr Mittags begonnen und um 6 Uhr Abends sei der Ballon aufgestiegen. Der Luftschiffer habe vor dem Aufsteigen den Korb an den Seiten des Rohres befestigt, in denselben zwei Sandläde und den Anker gelegt, sei alsdann in den Korb gestiegen, und habe kurz vor 6 Uhr Abends erklärt, der Ballon sei nicht genügend gefüllt und nicht im Stande, ihn zu tragen; er könne deswegen auch nicht mit demselben aufsteigen. Er sei alsdann aus dem Korb herabgestiegen, habe Ballast und Anker aus demselben herausgeworfen, worauf der Ballon, der bisher von Soldaten gehalten wurde, emporgestiegen sei. Als nun das Publikum sehr entrüstet darüber war, daß der Luftschiffer nicht mit emporgefahren, habe der Insobor des Establishments zunächst die Kasse, an der sich die Frau des Luftschiffers befand, mit Beschlag belegt; der Luftschiffer aber sei in seine im Hofe des Volksgarten Establishments befindliche Wohnung gegangen und alsdann verhaftet worden. Daß die Brieftauben betrifft, so sei allerdings zwischen dem Luftschiffer und einem Manne ein Abkommen wegen einiger gewöhnlicher Tauben getroffen worden, auch sei kurz vor dem Aufsteigen noch ein Knabe mit Tauben da gewesen, welcher sagte, es seien dies die Brieftauben für den Luftschiffer. — Der Ober-Inspektor G. e. m. e. und der Inspektor B. a. u. m. e. t. von der hiesigen Gasanstalt bezeugten, daß ca. 1800 Kubfuß Gas geliefert worden und dasselbe in der ausbedungenen Weise (mit 36 Linien Druck) zugestromt sei, jedoch die Aufströmung nicht lange gedauert habe, so daß der Ballon nicht genügend gefüllt gewesen sei. — Der Sekreter Schaffstätter und der Soldat Böhm sagten aus, daß sie nebst mehreren anderen Soldaten von ihrem Feldwebel dazu kommandirt seien, bei dem Aufsteigen des Ballons mit Ludwig zu sein. Der Luftschiffer habe sie aufgefordert, die Seile loszulassen, was auch geschehen sei; und als Böhm noch sein Seil gehalten, habe er auch diesen zweimal aufgefordert, loszulassen. — Aus den Aussagen des Luftschiffers Jacobi aus Hamburg, welcher bereits eine größere Anzahl von Luftfahrten gemacht, ging hervor, daß der Ballon, welchen der Angeklagte von Siebel gekauft, im März d. J. noch im guten Zustande gewesen; daß ein alter Ballon sich ganz entausere und durch Tränken dichten lasse, und daß auch die Würthe des Steffes nichts schade, da das Netz den Ballon zusammenhalte; einige 20000 Kubfuß Gas würden genügt haben, um mit dem Ballon emporsteigen zu können; der Angeklagte sei ihm durch Siebel als Luftschiffer bekannt; bei starkem Winde könne beim Füllen eines Ballons ein Gegenbruch eintreten, welcher das Einströmen des Gases hemme; gewöhnlich ziehe ein Luftschiffer zu einer Luftfahrt einen Lieberhaber an, doch könne man, im Sommer auch ganz gut im einfachen Mode, wie der Angeklagte beklagt war, emporsteigen. — Der Luftschiffer G. o. d. a. r. d., welcher gleichfalls als Sachverständiger vernommen werden sollte, war nicht erschienen.

Nach Vernehmung der Zeugen Jacobi und Verurteilung der übrigen Zeugen auf den bereits gelesenen Eid, hielt alsdann der Vertreter der Staatsanwaltschaft (Staatsanwaltschafts-Gesamtheit) das Plaidoyer und erklärte von vornherein, daß er nicht mit allen Punkten der Anklage, die er auch nicht abgefragt habe, einverstanden sei. Zunächst halte er die beiden Punkte der Anklage, daß der Angeklagte kein geübter Luftschiffer sei und auch



nicht im Besitze eines tragfähigen Ballons gewesen, nicht für erwiesen. Was aber den dritten Punkt der Anklage, daß der Angeklagte von vornherein nicht habe emporsteigen wollen, betrifft, so sei dieser Punkt festzuhalten. Der Luftschiffer habe erklärt, er habe das Aufsteigen aus Gründen, deren Bezeichnung ihm augenblicklich nicht möglich gewesen, unterlassen müssen. Wenn aber der Ballon nicht genügend gewesen, unterlassen müssen. Wenn aber der Ballon nicht genügend gewesen, unterlassen müssen. Wenn aber der Ballon nicht genügend gewesen, unterlassen müssen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Klemme, machte dagegen geltend, daß für die Behauptung der Anklage, daß der Luftschiffer von vornherein nicht habe emporsteigen wollen, nichts spreche; er sei bemüht gewesen, das Knie im Schlauche zu befestigen, sei auch im Uebrigen zur Auffahrt genügend vorbereitet gewesen; wenn er in Wirklichkeit keine Briefe mitgenommen habe, so sei ihm daraus kein erheblicher Vorwurf zu machen, da diese Briefe in der Annahme von vornherein zur Bekämpfung der Anklage dienen könnten. Anderen Luftschiffern, auch Godard, sei es gleichfalls öfter passiert, daß sie nicht hätten emporsteigen können. Der Verteidiger beantragte demnach Freisprechung des Angeklagten.

Der Gerichtshof verhandelte nach längerer Beratung das Urtheil, welches dahin lautete, daß allerdings der Angeklagte die Absicht gehabt, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, und daß auch das Vermögen Anderer dadurch beschädigt worden, daß aber eine Vorspiegelung falscher Thatfachen nicht erwiesen sei, indem weder der Nachweis geführt worden, daß der Angeklagte kein erprobter Luftschiffer, noch der Luftballon ungeeignet zur Luftschiffahrt sei, noch der Angeklagte von vornherein die Absicht gehabt habe, nicht emporzusteigen, und daß demnach der Luftschiffer Carl Schulze von der Anklage des Betruges freizusprechen sei.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**Wien, 12. Oktober.** Wie der „Ungarische Lloyd“ aus angeblich guter Quelle erfährt, hätte der Finanzminister Jell die Absicht, die Konvertierung der ungarischen Anleihe in der Weise durchzuführen, daß für die Anleihe von 153 Millionen, für die Anleihe von 54 Millionen und für die Anleihe von 30 Millionen eine 6proz. Goldrente ausbezahlt wird und daß bei der erfindenen Anleihe von 153 Millionen 5 r. St. Aufgeld bei der Konvertierung bar herausgezahlt werden.

**Kaufmann, 11. Oktober.** Die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Westbahnen hat mit 5500 gegen 1100 Stimmen die Abmachung, wonach der Betrieb der Bahnen einer französisch-englischen Gruppe pachtweise überlassen werden soll, genehmigt.

**London, 11. Oktober.** Wie die Abendblätter melden, hat das Haus J. S. Salati, 8 Bloomfield Street, seine Zahlungen eingestellt. Die Passiva sollen 150 000 Pfd. St. betragen; man vermutet, daß bedeutende Altiva vorhanden sind.

**Buenos-Ayres, 15. Sept.** (Von Siebers & Meyer.) Wollmarkt: Rubig. Vorrath 100 Arroben. Notierung für Supranominal nominell, do. für Bonne moyenne nominell. Zufuhren der letzten 14 Tage — Arroben. Verschiffung nach Bremen seit letzter Post —, do. im Allgemeinen seit letzter Post 300 Ballen. Totalverschiffung seit Beginn der Saison 183 000 Ballen. Fracht für Woll (pr. Segler) 17½ Cb. Preis für Salzhäute nominell. Schladungen der letzten vierzehn Tage —. Verschiffung von Salzhäuten nach dem Kanal, nach England direkt, und dem Kontinent seit letzter Post 5000 Stück. Fracht für Salzhäute pr. Segler nominell. Notierung für Talg (Schfentag in Bienen) nominell, do. für trockene Häute 55½ Reales. Cours auf London 49 D.

## Vermischtes.

**Parlamentarische Redebenen.** Anlässlich der bevorstehenden Adreßdebatte in der bairischen Kammer werden nachfolgende Bitten nicht unerwünscht sein, welche gelegentlich der Adreßdebatte von 1870 in derselben Kammer geäußert wurden: „Das Dunkel, meine Herren, in dem wir bei dieser Debatte herumtappen, das ist der rote Faden, der sich durch diese ganze Wahlhandlung hindurchzieht.“ (Schüttlinger.) — „Das bairische Volk, patriotisch von Natur, ist konstitutionell von Geburt.“ (Zörg.) — „Der Grund des Mißtrauensbottums gegen den Fürsten Hohenlohe ist eine Thatfache, die im Gefühl der Mehrheit des bairischen Volks liegt.“ (Zörg.) — „Denn es ist vielleicht nicht zu viel gesagt, wenn ich sage, daß in diesem Augenblicke Europa auf diesen Saal schaut.“ (Zörg.) — „Ich kenne keinen Ultramontanismus in Bayern.“ (Kurz.) — „Die Kirche ist die Mutter und Beschützerin der Freiheit.“ (Söller.) — „Gebet hin und lehret alle Völker, d. h. sucht Einfluß zu gewinnen auf die Regierenden wie auf die Regierten und auf alle menschlichen Verhältnisse.“ (Westermayer.) — „Es ist eine alte Geschichte, daß die Kirche wider ihren Willen in die Politik von irdischen Mächten hineingezogen wird.“ (Westermayer.) — „Wir sind keine Partei.“ (Zörg.) — „Ich habe es nicht gesagt, ich habe es nur vorgelesen.“ (Greil.) — „Bei dem Bauernkrieg handelt es sich lediglich darum, wer sie bekommt.“ (Hafenbrühl.) — „Wir haben eine Reihe von Nientants, die fast zur Hälfte beschnitten werden dürfen.“ (Greil.) — „Ich beantrage Schluß.“ (Gefchwender.)

**Kolmar, 12. Oktober.** Das hiesige alte Schullexikon ist durch ein gestern Abend 9 Uhr ausgetretenes Feuer total in Asche gelegt worden. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt; die Bewohner des Gebäudes sind sämtlich gerettet.

## Telegraphische Nachrichten.

**Eisenach, 12. Okt.** Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Vereins für Sozialpolitik standen die Verhandlungen über den gegenwärtigen Stand der Münzreform in Deutschland. Es wurden folgende Thesen des Referenten Prof. Dr. E. Rasse in Bonn angenommen:

1) Nach Durchführung des Reichsbankgesetzes ist es zur Wahrung des Wertes der deutschen Reichswährung, sowie zur Sicherung einer richtigen Diskontopolitik seitens der Zeitbanken dringend notwendig, daß unter Ausbeutung von Art. 151. des Reichsbankgesetzes die Annahmefähigkeit der Ein- und Zweihalerstücke deutschen und österreichischen Gepräges auf Beträge, die 100 M. nicht erreichen, beschränkt und zugleich Kassen errichtet werden, an denen größere Beträge dieser Münzen gegen Reichsgeldmünzen umgetauscht werden können. 2) Soweit die zur Einführung kommenden Ein- und Zweihalerstücke sich nicht sofort verkaufen lassen, sind dieselben a) in den Reichskassen aufbewahren, um allmählich in Reichsbankmünzen ausgetauscht oder verkauft zu werden, b) bis zu einem die Hälfte ihres Nennwerts nicht übersteigenden Betrage unter Garantie des Reichs für einen gewissen Goldwert der Reichsbank zu überweisen, bei der sie als gesetzliche Baarzahlung der Noten vorläufig gelten können. Die Verwertung dieses

Silbers hat dann allmählich in den nächsten Jahren auf Rechnung des Reichs zu erfolgen.

Hierauf wurde die diesjährige Generalversammlung von dem Vorsitzenden, Professor Rasse, geschlossen.

**Wien, 12. Oktober.** In der heutigen Sitzung der Reichsrathsdelegation wurde das außerordentliche Militärbudget erledigt; es wurden sämtliche Anträge des Ausschusses angenommen und insbesondere die Kosten für die Beschaffung neuer Geschütze debattelos bewilligt. Die Schlusssumme pro 1873 wurde gleichfalls genehmigt und für die Etatsüberschreitungen in den Budgets von 1870 und 1871 bei Titel „Militärgrenze“ Indemnität erteilt.

**Saag, 11. Oktober.** In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer gab der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, von der Does de Willebois auf die heftigste Interpellation des Deputierten van de Putte eine ausführliche Darlegung der Verhandlungen zwischen der niederländischen Regierung und der von Venezuela. Der Minister bestätigte die Thatsache, daß der Gesandte Rojas den Haag verlassen habe, weil die niederländische Regierung ihre Forderung betreffend die Wiedereröffnung der Häfen von Venezuela für den niederländischen Handel nicht habe zurückziehen wollen. Der gegenwärtige Stand der Dinge sei der, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen seien. Die Lage sei zwar nicht beunruhigend, aber immerhin wichtig genug, um zur Vorsicht aufzufordern. Die weitere Diskussion über die Interpellation wurde hierauf vertagt.

**Saag, 12. Oktober.** Die von der „Morning Post“ gebrachte Nachricht, daß die niederländische Regierung 5 Kriegsschiffe nach dem karibischen Meere abgeordnet hätte, wird von unrichtiger Seite mit dem Hinzufügen in Abrede gestellt, daß die Regierung bereits lange Zeit vor dem letzten Zwischenfall mit Venezuela die Absicht gehabt hätte, das gewöhnliche Uebungsgezwader nach den amerikanischen Gewässern abzuenden. Dieses Gezwader treffe jetzt Vorbereitungen zur Abfahrt.

**Paris, 12. Oktober.** Der Prinz von Wales ist auf der Reise nach Brindisi heute früh hier eingetroffen. — Der Bildhauer Carpeaux ist gestorben. — Die „Agence Havas“ meldet aus Frankreich, daß der neue Uebertritt des Generals Sabals nach Frankreich sei erfolgt, weil er von Don Carlos den Befehl erhalten habe, sich in dessen Hauptquartier einzufinden und sein Verhalten bei der Belagerung von San de Urgel zu reorganisieren. — Nach Nachrichten aus Madrid ist der Eisenbahnzug zwischen Saragossa und Barcelona von Carlisten angehalten und sind 5 Passagiere von denselben weggeführt worden.

**Turin, 12. Oktober.** Heute hat hier unter persönlicher Theilnahme des Herzogs von Aosta und des Prinzen von Savoyen-Carignano die Eröffnung des dritten internationalen Kongresses für Carnumerierung durch den Handelsminister Finali als Ehrenpräsidenten stattgefunden. Zum Präsidenten wurde G. v. Kaiser, zu Vizepräsidenten Cantoni (Mailand), Lasagno (Turin), Röllendorf (Verbiere) und Grothe (Berlin) gewählt.

**London, 12. Oktober.** Nach einer telegraphischen Meldung der „Times“ aus Wien vom gestrigen Tage hätte zwischen den verschiedenen Mächten, mit Ausnahme Frankreichs, das noch keine Erklärung abgegeben, ein Vorentscheid über die jüngsten türkischen Finanzmaßregeln zwar stattgefunden; man hätte indeß keinen Grund gefunden, Vorstellungen oder Einwendungen bei der Pforte zu erheben.

Wie die „Morning Post“ meldet, hätte die niederländische Regierung 5 Kriegsschiffe nach dem karibischen Meere abgeordnet. — Der Prinz von Wales hat sich gestern Abend nach Dover begeben, um von dort die Reise nach Indien anzutreten. Derselbe wurde von seiner Gemahlin und den Herzögen von Edinburgh und von Connaught bis Dover begleitet.

**Rom, 11. Oktober.** Dem Vernehmen nach wird Kaiser Wilhelm mit dem Könige Viktor Emanuel am 22. d. M. hier eintreffen, um den Comer See zu besuchen.

**Belgrad, 12. Oktober.** Nach einer hier eingegangenen Meldung hätten die türkischen Truppen abermals die serbische Grenze im ungarischen Kreise an der Drina verletzt und ein serbisches Norddenkmal angezündet. — Die Skupština hat ihren bisherigen Vizepräsidenten Jovanowitsch zum Präsidenten gewählt; Fürst Milan hat diese Wahl bestätigt.

**Madrid, 12. Oktober.** Nach einer Meldung der „Gazetta“ nützigten die Bewegungen der Division Delatre in den Südpirenen und Arragonien 562 Karlisten, auf französisches Gebiet überzutreten. Das Karlistenfeuer gegen Sebastian läßt nach. Der Schaden ist unerheblich. Hernani und Guetaria litten schwer. Die Unordnung und Auflösung der Karlisten Kataloniens nehmen zu.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wafner in Bosen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Angelkommene Fremde

13. Oktober.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Rittergutsbesitzer Gildbrandt nebst Frau aus Stinno, B. v. Massenbach aus Binne, Frau v. Saenger aus Polajewo, Oberst a. D. aus Berlin. Direktor Quandt aus Götting. Bürgermeister Wachsmuth aus Gnesen. Fabrikant Brendler aus Reichenau. Die Kaufleute Richter, Saubert, Geibel, Wolf aus Berlin, David aus Leipzig, Koblinski, Süß aus Breslau, Brandes aus Magdeburg, Koeder aus Aachen, Ottmann aus Plauen, Bollmar aus Seltzau.

**BUCKOW'S HOTEL DE ROME.** Direktor und Rittergutsbesitzer Molinet nebst Familie aus Schloß Reichen. Ingenieur Matzke aus Berlin. Pastor Hartnig aus Drieskow. Die Kaufleute Landecker aus Thorn, Gerberding aus Düsseldorf, Selge aus Kattowitz, Friedländer und Heilbronn aus Breslau, Tücher aus Wittenberg, Holländer aus Wien, Wolff und Kaufmann aus Berlin, Sethe aus Leipzig, Schrader aus Dresden, Reiffenbeier aus Merane i. S., Horn aus Merseburg und Lenners aus Aachen. Die Vahor Frommberger aus Pissa und Wächner aus Lagnitz. Mühlbesitzer Fiebig aus Pissa. Erbscholtzeibersfelder aus Lagnitz.

**C. SCHAKTFENBERG'S HOTEL.** Die Kaufleute Landeck aus Bönigsdorf, Groß und Auerbach aus Berlin, Uble aus Ritschenal, Treptow aus Breslau, Büsgen aus Barmen und Fechner aus Götting. Die Gutsbesitzer Frau Beer u. Schwester aus Dornitz und Hausen aus Coschewo. Zimmermeister Schmidt aus Wollstein. Bahnhofs-Inspktor Birkholz aus Opeln. Weinbändler Reiss aus Mainz. **HOTEL DE PARIS.** Die Gutsbesitzer Babalowski aus Pöschelne, Wilm aus Schrimm Meich aus St. Pöschel und Komalsti aus Bönigsdorf. Die Kaufleute Neufeld aus Gnesen, Palewicz aus Rurnit, Girsch aus Breslau, Walter aus Götting, Pisse aus Pöschel, Licht aus Berlin, Schuppia aus Magdeburg und Wolff aus Frankfurt a. M.

**KELLER'S HOTEL.** Die Kaufleute Ragmowetz und Stephanowicz aus Wolawel, Borek aus Breslau, Radmiewitz und Frau aus Bythin, Friedberg, Frau, aus Schrimm und Geld aus Kirchheim. Brenner-Verwalter Embacher aus Obesitz.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute v. Kuchlewski aus Breslau, Könnede aus Bernigerode a. S., Wigostewicz aus Berlin, Eppstein und Stühel aus Breslau.

**GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG.** Die Kaufleute Raennel a. Neutomsche, Buler aus Gahzien, Jäsche aus Stettin, Rabinowitsch aus Welsch, Schulze und Frau aus Berlin, Frau Schumacher aus Dirschberg, Zahmmeister Kutter aus Guben, Hopfenbändler Doffin aus Neutomsche, Contrôleur Bohl aus Weisse, Gutsbesitzer F.chner aus Rosengarten, Lehrer Kahl aus Königsberg.

Southampton, 5. Oktober.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd, „Dier“, Kapitän R. v. Olerendorp, welches am 25. September von New-York abgegangen war, ist heute 9 Uhr Abends wohlbehalten hier angekommen und hat um 11 Uhr die Reise nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt außer der Post 221 Passagiere und volle Ladung.

Bremen, 5. Oktober.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd, „Nürnberg“, Kapitän A. Jaeger, hat heute die sechste diesjährige Reise via Southampton nach Baltimore mit Ladung und Passagieren angetreten.

Bremen, 9. Oktober.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd, „Rein“, Kapitän E. Brückstein, hat heute die sechste diesjährige Reise via Southampton nach New-York mit Ladung und Passagieren angetreten.

New-York, 9. Oktober.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd, „Donau“, Kapitän R. Bassus, welches am 25. September von Bremen und am 28. September von Southampton abgegangen war, ist heute Mittag wohlbehalten hier angekommen.

New-York, 9. Oktober.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd, „Hannover“, Kapitän F. Gimbel, welches am 15. September von Bremen und am 18. September von Havre abgegangen war, ist heute wohlbehalten hier angekommen.

Bremen, 10. Oktober.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd, „Salier“, Kapitän S. E. Franke, am 29. September von New-York direkt nach Bremen abgegangen, ist gestern Abends 7 Uhr wohlbehalten Sicily passiert.

## Telegraphische Börsenberichte.

**Danzig, 12. Okt.** Getreide-Börse. Wetter: anhaltender Regen. Wind: SO.

Weizen loco war heute in Folge starker Depeschen des Auslandes in matter Stimmung bei kleiner Zufuhr von neuem Weizen, und sind die bezahlten Preise als schwach behauptet, auch wohl als etwas billiger zu bezeichnen. Alter Weizen war vereinzelt gefragt und brachte ungefähr letzte Preise. Im Ganzen sind heute 440 Tonnen Weizen verkauft, darunter 275 Tonnen alt, und ist bezahlt für neu Sommer: 123 Pfd. — M., 129 Pfd. — M., 131 Pfd. 187 M., hant 126 Pfd. etwas bezahten 190 M., 122 Pfd. — M., 124 Pfd. feucht 195 M., glatt, 126 7/8, 128 Pfd. 200 201 M., hellbunt 127/8, 131 1/2 Pfd. 205, 208 M., hochbunt glatt 132 3/4 Pfd. 212 M., 133/4 Pfd. 214 M., hant 129 Pfd. — M., 132 Pfd. — M., extra fein 135 Pfd. 217 M., alt fein bunt 130 1/2, 132 3/4 Pfd. 210, 212 M., fein hellbunt 132 Pfd. 219 M. per Tonne. blaupig 132 Pfd. — M., dunkelbunt 131 Pfd. — M., hell 123 Pfd. — M., alt bunt 128 Pfd. — M., hellbunt 132 Pfd. — M., alt hellbunt 128, 132 3/4 Pfd. — M. Termine geschäftlos, Okt. 200 M. Gd., Okt.-Nov. 199 M. Gd., April-Mai 216 M. Br., 214 M. Gd., Regulierungspreis 201 M. Gd. — Tonnen.

Roggen loco unverändert, 120 Pfd. — M., 125 Pfd. — M., 127 Pfd. — M., alter 124 Pfd. 150 M., neuer 121, 122 Pfd. 151, 152 M. per Tonne bezahlt. Umsatz 55 Tonnen. Termine geschäftlos; Okt. 139 M. Br., April-Mai 155 M. Br., 150 M. Gd. Regulierungspreis 140 M. — Erbsen loco Rog. — We. Gerste loco flau und zu unbekannt gebliebenem Preise verkauft. Bohnen loco brachten — M. per Tonne. — Rüben loco nicht verkauft. — Weizen loco mit — M., Termine Okt.-Nov. 290 M. Br. Regulierungspreis — M. — Spiritus loco 47 M. bez., April-Mai 51 M. bez., Mai 02 M. Br. Gd. — Tonnen.

**Breslau, 12. Oktober, Nachmittags (Getreidemarkt).** Spiritus pr. 100 Liter 100 Pfd. pr. Oktober 45 50, pr. November-Dezember 45 50, pr. April-Mai 48 50. Weizen pr. Oktober-November 188 00, Roggen pr. Oktober-November 148 50, pr. November-Dezember 149 50, pr. April-Mai 154 00. Rübe pr. Oktober-November 62 50, pr. November-Dezember 62 00, pr. April-Mai 65 00. Zink fest. — **Bremen, 12. Oktober, Petroleum (Schiffsbericht).** Standard white loco 11 50, pr. November 11 50, pr. Dezember 11 75, pr. Januar 12 10. Söber.

**Hamburg, 12. Oktober, Nachmittags (Getreidemarkt).** Weizen loco matt, auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. Oktober 203 Br., 201 Gd., pr. Novbr.-Dezemb. pr. 1000 Rilo 205 Br., 203 Gd. Roggen pr. Oktober 142 Br., 141 Gd., pr. November-Dezember pr. 1000 Rilo 146 Br., 145 Gd. — Safer fest. — Gerste ruhig. — Rüben steigend, loco und pr. Oktober 66 pr. Mai pr. 200 Pfd. 67½. — Spiritus still, pr. Okt. 37, pr. Novbr.-Dez. 38, pr. Dezember-Januar und pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 Pfd. 38½. Raffee fest, Umsatz 2000 Sad. Petroleum fest, Standard white loco 11 50, pr. November 11 50, pr. Oktober 11 50, pr. Januar 12 10. Söber.

**Bln, 12. Oktober, Nachmittags 1 Uhr (Getreidemarkt).** Weizen loco matt, hiesiger loco 20 50, fremder loco 21 50 pr. November 20 15 pr. März (1876) 21 60, Roggen loco hiesiger loco 16 00, pr. November 14 20, pr. März (1876) 14 55. Safer still, loco 17 00, pr. November 16 65. Rübe ruh., loco 33 00, pr. Oktober 32 80, pr. Mai (1876) 34 90. — Wetter: Schön.

**Amsterdam, 12. Oktober, Nachmitt. Getreidemarkt (Schiffsbericht).** Weizen pr. November 272, pr. März 292. Roggen pr. Oktober 183½ pr. März —.

**Antwerpen, 12. Oktober, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.** Getreidemarkt (Schiffsbericht) Weizen ruhig. Roggen fest. Safer behauptet. Gerste ruhig. Petroleum-Markt (Schiffsbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 28½ bez., 29 Br., pr. Oktober 28½ bez., 29 Br., pr. November 29½ Br., pr. Novbr.-Dezember 29½ Br., pr. Januar 30 B. Rubig.

**London, 12. Oktober, Vormittags.** Die Getreidezufuhren seit dem 2. d. M. betragen: Englischer Weizen 8657, fremder 64 281, englische Gerste 1031, fremde 14 394, englische Malzgerste 15 098, fremde —, englischer Safer 743, fremder 46 047 Drtr. Englische Weizen 22 589 Sad, fremdes 3996 Sad und 12 286 Fas.

**Liverpool, 12. Oktober, Vormittags.** Baumwolle (Anfangsbericht). Aufschwunglicher Umsatz 12000 Ballen. Fest. Tagesimport 12000 Ballen davon 4000 Ballen amerikanische, 8000 B. ostind.

**Liverpool, 12. Oktober, Nachmittags.** Baumwolle (Schlussbericht). Umsatz 15000 B., davon für Spekulation und Export 3 000 Ballen. Auf Lieferung — d. Söber.

Widdling Orleans 7½, middling ameritan 6½, fair Dhollerah 4½, middl. fair Dhollerah 4½, good middling Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4½, fair Broach 5, new air Demara 4½, good fair Demara 5½, fair Madras 4½, fair Bernam 7½, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 7½.

Upland November-Dezember-Lieferung 7, Oktober-November-Verschiffung pr. Segelschiff 7, Dezember-Januar-Verschiffung pr. Segelschiff 7½ d.

Baumwollen-Wochenbericht. Baumwolle schwimmend nach Großbritannien 232 000 B., davon amerikanische 33 000 Ballen.

**Manchester, 12. Oktober, Nachmittags.** 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8½, 20r Water Richards 10½, 30r Water Giblow 11½, 30r Water Clayton 12, 40r Water Manoll 11, 40r Water Wilkinson 13½, 36r Watercopps Qualität Romand 12½, 40r Double Weston 13½, 60r Double Weston 16. Printers 11½, 11½ 8½-pd. 117. Mäßiges Geschäft, Preise steigend.



